NACHRICHTEN DER



32. JAHRGANG - NR. 353

SEPTEMBER / SCHEIDING 2010

Kontakt über: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Vorsitzende: Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.

ERSCHEINUNGSVERMERK

Die **HNG-NACHRICHTEN** erscheinen monatlich und haben allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand. Die Ansichten einzelner Autoren und Leserbriefschreiber decken sich nicht immer mit den Ansichten der Schriftleitung und des HNG-Vorstands. Die Schriftleitung behält sich Kürzungen vor, wobei versucht wird, Sinnentstellungen zu vermeiden. Artikel und Briefe mit Namensnennung (auch Kürzel) werden von den Autoren verantwortet. Für irrtümlich abgedruckte Plagiate und unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge wird keinerlei Verantwortung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nur bei beigefügtem Rückporto und nach Ermessen. **V.i.S.d.P.: Mareike Brauchitsch c/o Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.**

Die **HNG-NACHRICHTEN** bleiben solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden sind. Eine Zurhabenahme gilt ausdrücklich nicht als Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle des Anhaltens oder der Nichtaushändigung sind die **HNG-NACHRICHTEN** mit den Gründen der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Mitglieder der HNG e.V. erhalten die **HNG-NACHRICHTEN** kostenlos, ausgenommen, sie sind mindestens 6 Monate mit ihrem Monatsbeitrag im Rückstand. Außenstehende können Einzelexemplare zum Preis von 3,— Euro beziehen (Jahresabonnement: 31,— Euro für 12 Ausgaben). Es handelt sich jeweils um Selbstkostenpreise einschließlich Versandkosten. Die **HNG-NACHRICHTEN** sind ebenso wie die HNG e.V. kein kommerzielles Unternehmen. Eventuelle Überschüsse werden für die karitative Arbeit im Sinne der Satzung der HNG e.V. verwendet.

Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung ...
... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!

(Bundesverfassungsgericht, Az. 2 BvR 2560/95)

UNBEDINGT BEACHTEN!
Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen! Solltet Ihr einmal keine Post von uns erhalten so gebt uns bitte umgehend Bescheid. e-Post: hng-ev@web.de oder Ferndruck: 03212-1225967

Es gelten folgende Beitragssätze für Mitglieder der HNG:

ermäßigter Monatsbeitrag für sozial Schwache wie Arbeitslose, Lehrlinge, Umschüler etc. **4,- Euro**

für Normalverdiener, **7,- Euro**

Bilanz des BRD-Regimes:

108.562 politische Verfahren wegen Meinungsdelikten (in den letzten zwölf Jahren!)

Das sind allein 108.562 gute Gründe, die HNG zu unterstützen!

Unsere Forderung lautet:

Freiheit für alle verfolgten Nationalisten!

Schluß mit der Gesinnungsjustiz!

brddr



Immer präsent durch
ihre besten Seiten

Redeverbote
Berufsverbote
Parteienverbote
Versammlungsverbote

Jeder kann bei uns seine Meinung frei äußern

VORAUSSETZUNG IST ALLERDINGS:

Sie entspricht der von uns veröffentlichten

Aufgrund erweiterter Sondergesetzgebung §130 GG,
wird die seitherige Darstellung nicht mehr erscheinen.

Das Imperium der Lüge zerbricht an der Wahrheit

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 04.11.2009, Az. 1 BvR 2150/08, endgültig entschieden, daß das Versammlungsverbot des Trauermarsches für Rudolf Hess in Wunsiedel und der neue § 130 IV StGB rechtmäßig sind und nicht die Versammlungsfreiheit und nicht die Meinungsfreiheit verletzen.

Das höchste deutsche Gericht hat zwar zugegeben, daß es sich bei diesem Gesetz nicht um ein allgemeines Gesetz, sondern um Sonderrecht handelt, daß dies aber ausnahmsweise mit den beiden Grundrechten in Einklang steht, weil das Grundgesetz geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden kann.

Seit dem 01.04.2005 begeht also eine Volksverhetzung nicht nur, wer zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder wer die Judenvernichtung leugnet oder verharmlost, sondern auch, wer die Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Der öffentliche Friede wird dann gestört, wenn die Öffentlichkeit von der Tat erfährt. Die Opferwürde wird verletzt, wenn eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Rassenideologie erfolgt. Die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft wird bereits dann gebilligt, verherrlicht oder gerechtfertigt, wenn eine einzelne Person geehrt wird, die eine Symbolfigur ist (BVerfG aaO und BVerwG, Urteil vom 25.06.2008, Az. 6 C 21/07, zu finden in NJW 2009, 98). Wir kennen nicht alle Symbolfiguren der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft. Wir wissen auch nicht, ob auch bestimmte Vorgänge symbolhaft sind und daher unter diese Strafvorschrift fallen. Wir wissen schon gar nicht, ab wann bereits eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft vorliegt.

Weitere Informationen unter:
www.deutsches-rechtsbuero.de

GEFANGENENLISTE

-n.G.- = neuer Gefangener, -n.A.- = neue Anschrift

Sylvia Stolz — Münchner Str. 33, 86551 Aichach
Horst Mahler — Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg

Ausland und BRD-Postausland

Fröhlich Wolfgang — JVA Sonnberg, A-2020 Hollabrunn
Franklin Anthony — #125969, FCF, PoBox. 999, Canon City, CO. 81215, USA
Honsik Gerd — JVA-Simmering, Brühlgasse 2/A, A – 1110 Wien
Killen Edgar Ray — #112906, C.M.C.F., Unit 3 Max, PO Box 88550, Pearl MS 39208, USA
Melton Christopher — TDCJ # 1097949, Central Unit, One Circle Drive, Sugarland, Texas 77478, USA
Priebke Erich — Associazione Uomo e Libertà, Sg. E. Priebke, Via Cardinal San-Felice N 5, I-00167 Roma
Scutari Richard — # 34840-080, U.S.P. CMU, P.O.BOX 1000, Marion, IL, 62959, USA
Trevor Thompson — #11434 - 1946, West U.S. Highway 40, Greenkastle, IN 46135, USA
Ron Bach Shelby — # 547789, Bill Clements Unit, 9601 Spur 591 Amarillo, TX 79107-9606 USA
Vincent Reynouard — Prison de Forest, 52 avenue´de la Jonchion B-1190 Forest / Belgien -n.G.-

Briefkontakt wünschen

Burghardt Jaime — Ludwigshafener Str.20, 67227 Frankenthal
Bake Daniel — Gillstr.1 58239 Schwerte
Diesner Kay — Marliring 41, 23566 Lübeck
Drews David — Oststr.2, 03052 Cottbus
Fischer Matthias — Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Frank Harald — Abteistr. 10, 86687 Kaisheim
Großkopf Rene — Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Hilbrecht Enrico — Anton-Saefkow Allee 22 c, 14772 Brandenburg
Kahlin Sven — Langwiederweg 46, 59457 Werl
Kietz Bruce — Schnoggersburger Weg 1, 39599 Uchtspringe
Kreitmair Michael — Station F2,Haus 33/0,Postfach 1111, 83501 Wasserburg
Köhler Alexander — Deutzener Str. 80, 04565 Regis-Breitingen
Kurth Alexander — Am Fort Zinna 7, 04860 Torgau
Küstermann Torsten — Masurenstr. 28, 42899 Remscheid
Lehnertz Daniel — Weinstr. 100, 76889 Klingenmünster
Leipski Hendrik — Station 64 / Goslarsche Landstr. 60, 31135 Hildesheim

Löffelbein-Reusch Tim	Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg
Milde Stefan	Madel 100, 39288 Burg
Müller Steve	Obere Sandstr. 38, 96049 Bamberg
Neubacher Martin	ZfP Reichenau (Haus 4) Feursteinstr. 55, 78479 Reichenau
Nowack Markus	Langwiedenweg 46, 59487 Werl
Ockenga Christian	Ameos Klinikum, Knollstr. 31, 49088 Osnabrück
Rohrbach Christoph	Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart
Russer Alexander	Münchener Str. 29, 85435 Erding
Senglaub Sascha	Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben
Schulz Marcel	Werner-v.-Siemens-Str. 2, 92224 Amberg
Schneeweiß Christian	Tündersche Str. 50, 31789 Hameln
Schunke Philipp Marc	Schnedebruch 8, 31319 Sehnde
Theobald Rene	Seidelstr. 39, TA2, 13507 Berlin
!!! Wiese Martin	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth - entlassen - !!!
Wischmann Rene´	Seidelstraße 39, 13507 Berlin
Wirth Mathias	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Zollonds Dirk	JVA Lauerhof, Marli-Ring 41, 23566 Lübeck

Alle Kameradinnen und Kameraden und Abonnenten werden gebeten ihre Beiträge auf das neue Konto zu überweisen, damit die Arbeit weiter geht.



Die Neue Bankverbindung lautet:

Sparkasse Mainz
Inhaber: Ursula Müller
Konto Nr.: 2000 52 751
BLZ: 550 501 20



BRIEFE AN DEN VORSTAND

Wichtig: *Die hier veröffentlichten Briefe an den HNG-Vorstand geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. Schriftleiters wieder. Namentlich gekennzeichnete Schreiben werden von den Verfassern verantwortet. Grundsätzlich gelten alle Schreiben an die Schriftleitung als Leserzuschriften, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes vereinbart.*

Brief von Karsten

„In Treue fest, im Glauben frei“

Sei aufrecht gegrüßt Ursel,

gestern habe ich deine aufrechten Zeilen erhalten und habe mich darüber sehr gefreut, mal wieder ein paar Zeilen, die nicht mit Lügen und bunten Gedankengut versehen sind. Das stimmt, ja ich werde bis 2013 bleiben müssen.

Ein Gespräch mit unserem Anstaltsleiter ergab, daß ich doch schon früher raus könnte. Aber da ich mit den Beamten nicht immer einer Meinung bin und auch lautstark mein Recht einfordern werde, hat sich das erledigt. Ja da hast Du recht, was das alte System betrifft, wir sollten mal wieder für Ordnung sorgen!!! Für heute aber werde ich meine Zeilen an Dich schließen und auf baldige Rückantwort hoffen.

Mit heidnischem Gruß
Karsten

Brief von Rene´

hier ein paar Grüße aus der Reichshauptstadt! Ich habe dankend deinen Brief erhalten und freue mich daß es mit der HNG-Liste geklappt hat. Ja mir geht es den Umständen entsprechend gut und ich hoffe, daß es dir auch gut geht? Es scheint doch ein bißchen Hoffnung für mich zugeben. So wie ick erfahren habe, soll ick im Oktober in den offenen Vollzug verlegt werden. Na darauf bin ick Mal gespannt ob das wirklich klappt mit der Verlegung. Denn normalerweise mögen (Justiz) die ja so einen wie mich nicht, wegen meiner politischen Meinung und nationalsozialistischem Denken. Ick werde mich einfach überraschen lassen.

Ob du es glaubst oder nicht, ich hatte deswegen auch schon meine ersten Ausgänge. Zwar nur für 5 Stunden pro Ausgang, aber besser als nichts. War erstmal schön was essen bei Muttern, ein richtig dickes fettes Eisbein hatte sie für mich gekocht. Und ick muß sagen, das war mal wieder nach langer Zeit ein schönes deftiges deutsches Essen, besser als dieser Multikultifrass hier, den man sich halt reinzwingen muß.

Jedenfalls hatte ich mich auch gleich mit meinen Kameraden getroffen, die schon die Tage zählen bis zu meiner Entlassung. Um dann gleich wieder den Kampf aufzunehmen gegen diesen Multikultistaat.

Worauf ick mich schon freue, aber diesmal werde ick mich mehr vorsehen, um nicht gleich wieder inhaftiert zu werden. Denn draußen in der Frei-

heit läßt es bzw. ist es besser den Kampf für den Nationalen Widerstand zu führen!

Hatte wegen der Ausgänge auch gleich vor ein paar Tagen Zellenfilzung gehabt. Und da haben sie mir auch meine Deutsche Stimme Prospekte und Kataloge rausgenommen. Da das in den Augen der Beamten die Sicherheit des Hauses stört und es sich um rechtes Gedankengut und um „diverses" Propagandamaterial handelt.

Monatelang hatte die das nicht ein bißchen gestört und jetzt auf einmal, schon ein bißchen komisch. Mit den anderen Kameraden hier drin ziehen sie zur Zeit auch solche Aktionen durch. Nur um einem das Leben hier drin zu erschweren. In meinen Augen ist das reine Willkür und ein bißchen Gott spielen. Und doch muß man das ja hier leider ertragen. Zum Glück habe ich das „bald" geschafft.

So das war's erstmal von mir.

Mit unserem Gruß
Rene´

Brief von Theobald

Ich grüße Dich liebe Ursel

Am gestrigen Tage konnte ich mit großer Freude Deine Zeilen in Empfang nehmen. Wie immer hoffe ich zutiefst daß es Euch gut geht und an Leib und Seele nichts zu beklagen habt. Mir ging es gesundheitlich in den letzten Tagen nicht so gut. Am Sonnabend den 12.06. mußte ich ins öffentliche Krankenhaus ausgeführt werden, weil

SOLIDARITÄT

Weltweite Organisationen für nationale politische Gefangene:



Frankreich
Collectif d´ Entraide
aux Prisonniers
Europeens (C.E.P.E.)
B.P. 4-7187
F- 30914 NIMES
cedex 2

Spanien
Alternativa Europea
Ap. correos 877
08080 Barcelona

Serbien
SF/RGJ
P. Fah 138
35000 Jagodina

Neuseeland
Western Destiny
P.O. Box 1627
Parap. Beach

U.S.A.
Thule Publication
PO Box 4542
Portland OR 97208

Liberty Rights Advocates
PO Box 713
JOHNSTOWN
OH 43031 USA

Australien
Australian R.M.
PO Box 2047
Rockingham WA 6168

französisch-amerikanische Gefangenenhilfsgruppe
National Alliance
P.O. Box 90, Hillsboro, WV 24946
www.natall.com

meine rechte Lunge eingefallen war. Als ich dort angekommen bin wurde ich auch gleich operiert. War ein sehr kleiner Eingriff gewesen, mir wurde ein Schlauch in die Lunge gelegt der Vakuum erzeugt damit sich die Lunge wieder entfalten kann.

Mit diesem Schlauch mußte ich 5 Tage verbringen. Das alles unter ständiger Bewachung von 2 Justizbeamten die bewaffnet waren, während des gesamten Krankenhausaufenthaltes mußte ich Fußfesseln tragen, auch nachts als ich schlief. Die Beamten die ganze Zeit in meinem Zimmer, ungefähr ½ Meter von meinem Bett saßen sie in 3er Schichten rund um die Uhr an dem Tisch. Das nenne ich totale Überwachung. Am Freitag den 18.06. wurde ich wieder aus dem Krankenhaus entlassen. Mir geht es jetzt wieder ganz gut, bin noch bis zum 22.07. krankgeschrieben. Das mit dem Krankenhaus war schon eine heftige Erfahrung für mich gewesen, bin mir bei der „Bewachung“ teilweise vorgekommen wie ein Terrorist. Die Blicke der Bürger die mich dort so gesehen haben werde ich so schnell nicht vergessen. Es fühlte sich für mich so an, als stünde ich an einem Pranger. Zum Glück ist das alles wieder vorbei und Du wirst es nicht glauben, ich war heilfroh als ich wieder in Tegel angekommen bin. Hätte selbst nicht gedacht, daß ich das mal sagen würde.

Hier konnte ich wenigstens schlafen ohne das jemand nach mir sieht. Im Gilbhart nächsten Jahres werde ich entlassen, dann habe ich das alles hinter mir. Draußen kann ich mich dann wieder mit dem Berliner Staatsschutz von neuem schlagen. ;-) Die gehen mir wenigstens nicht ganz so schlimm wie die hier in Tegel auf die Nerven. ;-)

Was gibt es von Euch neues zu berichten?

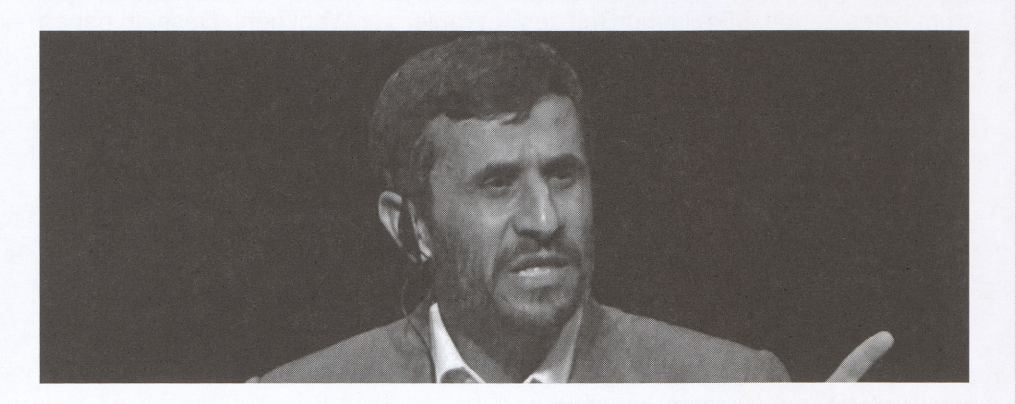
Vielen Dank an dieser Stelle für die beigelegten Briefmarken und Postkarten, habe mich sehr darüber gefreut. Denke bitte beim nächsten Brief an mich, den Stempel von dir nicht drauf zumachen, habe diesmal keine Probleme bei der Postausgabe gehabt, aber Vorsicht ist hier besser als Nachsicht. Muß hier zur Zeit ganz schön aufpassen, die haben mich mal wieder ganz schön auf dem Schirm. Habe in den letzten 6 Wochen 3 Haftraumkontrollen von der anstaltsinternen Schnüffelbande gehabt. Die lassen mich hier einfach nicht in Ruhe, auch nicht wenn ich mich unauffällig verhalte. Da soll doch mal einer draus schlau werden. Nun gut liebe Ursel, ich komme für heute zum Ende meiner Zeilen. Ich hoffe auf baldige Antwort von Dir. Laßt es euch gut gehen.

Im Geiste ungebrochen und frei



„Der Henker hole die Journaille“

(Fernsehen gab es glücklicherweise nicht) Franz Grillpazer 1844 in Wien



Der iranische Staatspräsident – das aktuelle Angriffsziel der Medien-Mafia

Die nationale Opposition ist der Hauptfeind des Besatzungsregimes. In Deutschland, im Irak, in Palästina, in Pakistan und anderswo. Dieser Hauptfeind muß permanent ausgegrenzt, dämonisiert und kriminalisiert werden!

Daher die Kampagnen! Die Kampagnen gegen Rechts - der sogenannte „Aufstand der Anständigen“ - sind Kampagnen, für die es keinen echten Anlaß gibt. Die vorgegebenen Anlässe sind ja (wie in Potsdam, oder auch bei Hohmann) überhaupt nicht real und auch vollkommen bedeutungslos. Weder beim Anschlag auf jüdische Kontingentflüchtlinge vom 27. Juli 2000 in Düsseldorf (wo bis heute die Täter nicht gefaßt sind), der dann aber Anlaß des NPD-Verbotsverfahrens wurde, noch bei dem ertrunkenen Bub von Sebnitz, noch dem Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge am Vorabend des 3. Oktober 2000 (verübt von zwei Arabern) - gab es einen „rechtsextremen“ Hintergrund. Dennoch haben sich hieraus ausgiebige Kampagnen entwickelt, für die heute pro Jahr bis zu 700 Mio. Euro locker gemacht werden und die nur eine Zielscheibe haben: Die nationale Opposition. Im Nebeneffekt werden die sogenannten Konservativen diszipliniert.

Damit wird aber auch klar, daß die Medienmacher die Hauptverantwortung für die sozialen Verwerfungen des kapitalistischen Regimes zu tragen haben. Sie sind keine „Berichterstatter“, die einen neutralen Standpunkt beanspruchen können, sie sind Haupttäter des menschenverachtenden Regimes. Ihre Aufgabe ist es, allen geistigen Alternativen - bereits im Vorfeld - den Boden zu entziehen.

Nun wird mancher einwenden, daß es doch auch kritische Berichte in den Medien gibt, wo z.B. die Regierung eines Landes kritisiert oder sogar gestürzt wird oder bestimmte skrupello-

se Machenschaften an den Pranger gestellt werden. („Watergate“) Das ist aber kein Widerspruch! Eine Regierung ist ja nicht das Machtzentrum eines Landes! Sie ist nur Teil des Machtzentrums, das in sich keineswegs homogen ist.

Sie beherbergt allenfalls einige, möglicherweise sogar zweitrangige, Personen aus dem Machtzentrum, die jederzeit durch andere ersetzt werden können. Das Wesen der kapitalistischen Demokratie besteht ja gerade darin, daß auch die sogenannte Opposition zum System gehört. Dem Bürger wird eine Palette von Parteien angeboten, die bei ihm den Eindruck entstehen läßt, er hätte eine Auswahl. Also wählt er. Mal CDU, dann SPD. Oder Grüne und FDP. Wenn er gerade wütend ist, vielleicht auch PDS/Linkspartei. Das schöne an diesem Spiel ist: Er bekommt immer dasselbe! Viele Wähler haben das Spiel durchschaut und bleiben zuhause. Das stört die Mächtigen aber nicht. Sie sehen sich als legitimiert an, auch wenn nur ein Drittel der Wähler zur Wahl geht. Deshalb haben Wahlen nur die Funktion einer Überprüfung der Mobilisierungsfähigkeit des Systems. Und die Umfragen, die von Zeit zu Zeit stattfinden, überprüfen die Wirksamkeit der Svstempropagan-da. Es ist im Grunde ein großes Ablenkungsmanöver. Die Beherrschten sollen die wahren Machtzentren nicht erkennen. Man setzt ihnen Politiker vor, die aber in Wirklichkeit nur Schauspieler sind.

Gerade hier sind die Mechanismen der Medien herrschaftserhaltend! Das Volk muß durch Unterhaltung und Ablenkung ruhiggestellt werden!

Quelle:
Volk in Bewegung 2/3-2010

Die Funktion der Medien im kapitalistischen Regime

Die totale Manipulation

Roland Wuttke

Die mediale Behandlung des angeblich „ausländerfeindlichen Überfalls“ von Potsdam (Ostern 2006) entsprach den Mechanismen des Falles „Sebnitz“ (November 2000). So ist die Frage zu stellen: „Was läuft falsch in einem Land, in dem eine gewalttätige Auseinandersetzung zwischen betrunkenen Lokalbesuchern tagelang die Aufmacher der Leitmedien bestimmen kann?“

Ganz im Gegensatz zu anderen Darstellungen handelt es sich bei den Medien nicht um die „vierte Macht“ oder gar um unabhängige und pluralistische Einrichtungen zum Zwecke der Berichterstattung, sondern um die mächtigste Einfluß- und Kontrollinstanz in der kapitalistischen Demokratie.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Medien (in ihrer Gesamtheit) gehört die permanente Erzeugung von „Zustimmung“ für das Regime.

1.Verherrlichung des herrschenden Systems - der angeblichen „Demokratie“.

2.Ausblendung oder Verteufelung geistiger Alternativen.

3.Förderung des Konsums durch permanente Kaufanimation.

Dabei sind die einzelnen Medien selbstverständlich ebenfalls den Mechanismen des kapitalistischen Systems unterworfen. Sie benötigen Einschaltquoten und Auflagen um ihr „Geschäft“ zu befördern, ihren Umsatz zu steigern. Die Information wird zur Ware. Stabil gehalten wird das System durch die permanente Seilschaft ausgewählter einflußreicher Personen. Die hinter den Medien stehenden Geschäftsinteressen fördern zudem den Hang zur Konformität.

Caspar Schrenck-Notzing hat im Kapitel „Der Lizenzträger“ seines Buches „Charakterwäsche“ (heute aktueller denn je!) beschrieben, wie durch die westlichen Besatzungsmächte die subtile Methode indirekter Pressezensur eingeführt wurde: „Der Versuch, durch die Besatzung eine Änderung des deutschen Volkscharakters zu bewirken, bediente sich des Lizenzsystems. Während in der sowjetisch besetzten Zone die Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den sozialen Gruppen einen Wechsel in allen Aspekten des Lebens bewirken sollte, glaubte die neo-freudianisch orientierte amerikanische Politik, das gleiche Ziel durch die Besetzung bestimmter Führungspositionen mit ausgewählten Persönlichkeiten erreichen zu können. Wurden damit in Mitteldeutschland Parteien und Massenorganisationen als Ausdruck bestimmter Klassen zu Trägern der neuen Ordnung, so lag in Westdeutschland das Schwergewicht auf Einzelpersönlichkeiten, den Lizenzträgern. Beide Systeme hatten ihre Vorteile und Nachteile. Verursachte das kollektive östliche System eine Sinnesänderung großer Massen der Bevölkerung, eine Sinnesänderung, die jedoch vor allem auf der Anerkennung veränderter Machtverhältnisse beruhte und damit verhältnismäßig oberflächlich blieb, so bewirkte das individuelle westliche System zwar nur die Sinnesänderung einzelner, ausschlaggebender Gruppen, dafür aber eine Sinnesänderung, die in die Tiefe drang und .unter die Haut‘ ging.“

Das „demokratische Pressewesen“

Dies macht den Aufbau des sogenannten „demokratischen Pressewesens“ in einem militärisch niedergerungenen Staat für die dauerhafte Massenbeeinflussung auch so wichtig. Unter dem Eindruck der medialen Gehirnwäsche über mehrere Dekaden ist die geistige „Verfettung“ oder „Verkrustung“ der Westdeutschen wesentlich ausgeprägter als die der Mitteldeutschen. Die DDR-Bürger hatten stets ein gesundes Mißtrauen gegen „die da oben“, mitsamt ihrer Propaganda. Sie wußten, daß sie der Staatsführung nichts glauben durften. In Westdeutschland greift diese Erkenntnis erst langsam um sich. Zu lange waren die BRD-Bürger der „süßen“ Beeinflussung durch die Massenmedien ausgesetzt, die mit subtilen Halbwahrheiten und pseudodemokratischen Spiegelfechtereien nicht sofort als totalitäre Propagandaorgane erkennbar

sind. Aus diesem Grund besitzen die Mitteldeutschen als „Katalysatoren“ für eine neue deutsche Revolution auch die besseren Voraussetzungen.

Wesentliches Merkmal der demokratischen Mediengesellschaft ist die „Nachzensur“, also die öffentliche Hinrichtung von Abweichlern und sonstigen „Tabubrechern“. Sie hat sich als zweckmäßig und effizient erwiesen. Des Zensors mit dem „Rotstift* bedarf es längst nicht mehr. Begeht ein Abweichler in der Politik oder in den Medien den Fehler, die verordneten Rede- oder Schreibtabus zu durchbrechen, wird an ihm ein Exempel statuiert. Beispiele: Hohmann, Günzel, Jenninger. Die darauf folgende öffentliche Hinrichtung hat disziplinierende Wirkung am‘ alle Beteiligten. Opfer einer der Hinrichtung folgenden dauerhaften Ausgrenzung werden aber nur „machtlose“ Menschen. Benehmen sich hingegen „einflußreiche“ Personen daneben, kommen sie nach einer kurzen .Schamfrist“ wieder, wie die Beispiele Michel Friedman und Michael Wolffsohn zeigen.

Friedmans Gäste

Ende Oktober 2003 gab der frühere Zentralratsvize Michel Friedman eine Party in seinem Haus in Berlin-Zehlendorf. Zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt, daß Herr Friedman sich Zwangsprostituierte von osteuropäischen Menschenhändlerbanden aufs Zimmer bringen ließ und regelmäßig Kokain zu sich nahm. Der Auszug aus der Gästeliste ist bemerkenswert, spiegelt er doch mustergültig unsere politische Klasse wider und macht zugleich klar, warum bestimmte Personen und Institutionen so sind, wie sie sind: Angela Merkel (CDU-Chefin), Günter Beckstein (bav. Innenminister), Klaus Wowereit (reg. Bürgermeister, Berlin), Volker Beck („Grüne“), Michael Naumann (Zeit-Herausgeber), Sabine Christiansen (ARD-Talkmasterin), Kai Diekmann (Bild-Chefredakteur), Markus Schächter (ZDF-Intendant), Dieter Stolte (Ex-ZDF-Intendant). Hier wird klar, warum Friedman „wieder eine Chance“ bekam.

Die Medienmacht erstreckt sich auf alle Bereiche und erfaßt selbst kommunale, geschäftliche und private Belange. Hierzu ein Beispiel. Die durch die CSU-Staatsregierung betriebene Entwidmung des Spöttinger Friedhofs in Landsberg am Lech ging auf zwei Fernsehsendungen zurück, in denen behauptet wurde, der Friedhof sei eine Versammlungsstätte von Neonazis, die den dort begrabenen „Kriegsverbrechern“ gedenken würden. Alle Proteste der Landsberger Bürger halfen nichts. Unter tätiger Mithilfe des bayerischen Justizministeriums und des damaligen CSU-Generalsekretärs Thomas Goppel wurde der Friedhof in einer Nacht-und-Nebel-Aktion entwidmet. Die angeblich so mächtige CSU-Staatsregierung duckte sich unter dem Verdikt der Medien.

Die Medien - das neoliberale Projekt

Die indische Schriftstellerin Arundhaty Roy hat es einmal so formuliert: „Die Medien gehören nicht zum neoliberalen Projekt, sie sind das neoliberale Projekt“. Dort laufen die Fäden zusammen, dort werden bestimmte Personen verklärt und andere dämonisiert, dort hat ein elitärer Kreis die

Macht um dauerhafte Propaganda in ihrem Sinne zu betreiben: teils durch unterschwellige Botschaften, teils durch bewußte Vermischung, teils durch gezielte Bevorzugung bestimmter Tendenzen. Dabei sind kaum formale Strukturen im Einsatz, sondern Geisteshaltungen, die mit der dahinterstehenden Geldmacht ihr Gewicht verstärken. Die Mechanismen, die da wirken, wurden schon vor Jahrzehnten erkannt: „Heute leben wir so widerstandslos unter der Wirkung dieser geistigen Artillerie, daß kaum jemand den inneren Abstand gewinnt, um sich das Ungeheuerliche dieses Schauspiels klar zu machen. Drei Wochen Pressearbeit, und alle Welt hat die Wahrheit erkannt. Ihre Gründe sind so lange unwiderlegt, als Geld vorhanden ist, um sie ununterbrochen zu wiederholen. Sie sind widerlegt, sobald die größere Geldmacht sich bei den Gegengründen befindet und sie noch häufiger vor aller Ohren und Augen bringt. Das Geld triumphiert auch hier und zwingt die freien Geister in seinen Dienst. Eine furchtbarere Satire auf die Gedankenfreiheit gibt es nicht." (Oswald Spengler im Untergang des Abendlandes").

Im Irak ist der Aufbau einer Presse im Sinne der alliierten Besatzer zunächst gescheitert. In Deutschland hingegen haben die Medien den Umerziehungsauftrag der Besatzer längst verinnerlicht. Die Anschubfinanzierung aus dem Korruptionsfonds der US-Besatzer, welche die nachfolgende Aufstellung aus der Zeitschrift „Der Mittag" vom 2.10.1951 zeigt, ist heute längst nicht mehr nötig, haben sich doch die Presseimperien längst zu lukrativen „Selbstläufern" entwickelt:

„Süddeutsche Zeitung"	500.000 DM
„Westfälische Rundschau"	600.000 DM
„Hannoversche Presse"	400.000 DM
„Morgenpost"	450.000 DM
„Die Welt"	1.000.000 DM
„Frankfurter Rundschau"	1.600.000 DM

„Am Morgen des 6. Oktobers 1945 vergab die US-Militärregierung die Lizenz Nr. 1 für die erste Zeitung in Bayern nach Kriegsende. Noch am gleichen Abend wurde im Färbergraben in der Münchner Innenstadt die erste, dünne Ausgabe der Süddeutschen Zeitung hergestellt - mit Druckplatten aus dem eingeschmolzenen Originalsatz von Hitlers .Mein Kampf'". So beschreibt die „Süddeutsche Zeitung" (SZ) die Stunden ihrer Geburt. Elegant verschweigt sie dabei die Wurzeln ihres heutigen Erfolges - die Übernahme umfangreicher Ressourcen und Personen ihrer Vorgängerin, der auf NS-Linie gleichgeschalteten „Münchener Neueste Nachrichten" (MNN).

Die ersten Lizenzträger der SZ waren Alfred Schwingenstein (zugleich Verlagsleiter), Dr. Franz Joseph Schöningh und Edmund Goldschagg. Nach feudalem Brauch verblieben die Rechte in den Familien.

Der heutige „Eignerstamm" des Süddeutschen Verlages besteht aus Alfred Schwingenstein jr. (20,5 Prozent), dem Schöningh-Schwiegersohn Peter von Seidlein (23,1 Prozent) und Rolf Goldschagg (23,1 Prozent). Hinzu kamen später die Friedmanns (Friedmann-Sohn Johannes hält 23,1 Prozent) und Hanns-Jörg Dürrmeier, der zugleich Vorsitzender der Gesellschafterversammlung ist. Laut Satzung steht den Anteilseignern ein

Vorkaufsrecht auf der Basis des steuerlichen Einheitswertes (!) zu, sollte ein Stamm-Mitglied seine Anteile abstoßen wollen.

Wir haben also eine Art Feudalsystem in der Medienwelt. Das gilt im Prinzip auch für andere Zeitungen (z.B. „Nürnberger Nachrichten“ / Joseph E. Drexel und „Augsburger Allgemeine“ / Curt Frenzel).

Systemstabilisierende Kampagnen gegen Rechts

Die durchgängige Verteufelung der nationalen Opposition durch die Medien ist konsequent und folgerichtig, wird doch hier der originäre Besatzungsauftrag erfüllt.

Quelle:
Volk in Bewegung 2/3-2010

Kurznachrichten

Stiefellecker gleichen Katzen die vorne schmeicheln doch hinten kratzen

Pipi Langstrumpf politisch korrekt

Der Verlag Friedrich Oettinger, in dem Astrid Lindgrens Bücher erschienen, ersetzte alle Bezeichnungen, die von Linken als rassistisch angesehen werden. Eine Änderung wollte die Autorin Zeit ihres Lebens zwar nicht, und auch die Erben waren anfänglich dagegen, aber der Verlag konnte schließlich auf sie einwirken. In den Neuauflagen ab 2009 ist nun etwa nicht mehr vom „Negerkönig“, sondern vom „Südseekönig“ die Rede usw. Auch wenn der „N-König“ in Lindgrens Erzählung als eine positive Figur erscheine, stieß die „rassistische“ Bezeichnung bei vielen Eltern auf Ablehnung, behauptete der Verlag. Nur, ob Kinder sich unter einem Südsee-König etwas vorstellen können, bleibt eine offene Frage.

Sie lügen wie gedruckt und sie drucken ihre lügen

Der Euro-Rettungsschirm verstößt gegen europäisches Recht

Am zweiten Mai-Wochenende spannten die EU-Politiker den 750 Milliarden Euro schweren Rettungsschirm.

Schwere Vorwürfe erhebt das Freiburger Centrum für Europäische Politik (CEP) wegen des Rettungspaketes für den Euro. Politiker hätten die Öffentlichkeit getäuscht, heißt es. Vor zwei Monaten stand die Gemeinschaftswährung am Rande des Abgrunds. Die Märkte für Anleihen europäischer Staaten funktionierten kaum noch. Die Politiker schnürten ein Rettungspaket im Ausmaß von 750 Millionen Euro. Dieses Paket verstoße gegen das deutsche Grundgesetz und gegen EU-Recht, heißt es in einer Studie des CEP. Das Europäische Parlament hätte dem Beschluß zustimmen müssen. „Die Verordnung erfüllt damit nicht die vom EU-Recht gestellten formellen Voraussetzungen.“ Darüber hinaus dürfe die EU keine Anleihen ausgeben, um einen Beistand für ei-

nen Euro-Staat zu finanzieren. Auch die vom Verfassungsgericht verlangte Mitwirkung des Deutschen Bundestags und Bundesrats sei unzureichend gewesen. Ganz ehrlich sollen die EU-Politiker auch nicht gewesen sein. Anders als behauptet, sei der sogenannte Europäische Finanzierungsmechanismus nicht auf drei Jahre begrenzt, sondern zeitlich unbefristet installiert. In der Öffentlichkeit wurde ebenfalls verbreitet daß die EU maximal 60 Milliarden Euro an Anleihen aufnehmen darf. In der Verordnung findet sich eine entsprechende Regelung jedoch nicht, so das CEP.

Das Dogma Auschwitz mußt du glauben sonst legt man Dich in Daumenschrauben

Holocaust-Zweifler Gerd Honsik wird neuerlich vor Gericht gestellt – Nach Strafmilderung macht Staatsanwaltschaft nun zwei Bücher zum Prozessgegenstand

Der Holocaust-Zweifler Gerd Honsik mußte sich am 20.Juli neuerlich wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung vor einem Wiener Schwurgericht verantworten. Das kommt insofern überraschend, als der mittlerweile 68-Jährige erst im April 2009 für zahlreiche, Im Zeitraum 1997 bis 2003 von ihm veröffentlichte Ausgaben der Zeitschrift „Halt!“ im Wiener Straflandesgericht als schuldig erkannt wurde. Weil aber das Wiener Oberlandesgericht (OLG) vor vier Monaten die dafür verhängte Strafe von fünf auf vier Jahre Haft reduziert hatte, macht die Anklagebehörde nun zwei Bücher Honsiks zum Prozessgegenstand. Zwingend vorgeschrieben war diese neue Anklage nicht. PHI geht deshalb davon aus, daß die erneute Anklage von Hass motiviert ist.

Nach Ansicht der Anklagebehörde erfüllen die inkriminierten Werke „Schelm und Scheusal“ und „Der Juden drittes Reich“ eindeutig den Tatbestand des §3g Verbotsgesetzes. Sie waren bereits Inhalt der Anklage im vorangegangenen Prozeß gewesen, wurden damals jedoch zur Vermeidung von Verfahrensverzögerungen ausgeschieden. Im Hinblick auf die Honsik zuteilgewordene Strafmilderung beharrt die Staatsanwaltschaft jetzt auf einer separaten Verhandlung, in der es ausschließlich um die beiden Bücher gehen soll, von denen eines ob des offensichtlichen Verkaufs-Erfolges vor wenigen Jahren von einem spanischen Verlag neu aufgelegt wurde. Dieses Buch klagt Israel an, genau den gleichen Rassismus zu betreiben, den es dem „Dritten Reich“ vorwirft.

Quelle:
PHi 30.07.2010

gedenkmarsch.de - Aktionsbündnis startet Vorbereitungen zum 13.Februar 2011

Mit der Verteilung der ersten Handzettel bei der Gedenkveranstaltung im niedersächsischen Bad Nenndorf ist das Aktionsbündnis gegen das Vergessen in die aktive Phase der Vorbereitungen zur Aktionswoche 13.Februar 2011 eingetreten. Von nun ab werden wir fortlaufend über den aktuellen Stand der Vorbereitungen informieren. Neben der Planung verschiedener Aktionen wird aktuell auch an neuem Material gearbeitet. In die-

sem Zusammenhang geht ein Aufruf an alle Leser und Unterstützer unserer Arbeit:

Wer hat Foto- und/oder Filmaufnahmen der Veranstaltungen aus den Jahren 1999 bis 2004 und kann uns diese leihweise für unsere Arbeit zur Verfügung stellen? Gesucht werden auch alte Aufklebermotive oder Flugblätter. Um Einzelheiten zu besprechen melden Sie sich bitte unter:

Aktionsbündnis gegen das Vergessen
Postfach 280239
01142 Dresden

dresden@gedenkmarsch.de

Ab sofort erhältlich ist auch die aktuelle DVD zur Aktionswoche 2010. Der etwa halbstündige Film dokumentiert verschiedene Aktionen aus Dresden und darüber hinaus. Außerdem kommen mehrere Zeitzeugen zu Wort und unterstreichen mit Ihren Erinnerungen deutlich und eindrucksvoll die Wichtigkeit und Richtigkeit unseres Handelns. Mit dem Erwerb der DVD sowie aller anderen Materialien unterstützen Sie direkt unsere Arbeit sowie die Herstellung neuen Materials. Wer darüber hinaus das Anliegen des Aktionsbündnis gegen das Vergessen mit einer Spende oder eigenen Aktionen unterstützt, kann sich auch in diesem Jahr wieder in die Unterstützerliste auf gedenkmarsch.de eintragen lassen. Diese soll auch zukünftig keine Werbeplattform bloßer Lippenbekenntnisse sein und wird daher ständig aktualisiert. Die Toten der Heimatfront, die Toten von Dresden verlangen unser Handeln. Ihrem Opfer gerecht zu werden ist unsere Aufgabe.

Alle aktuellen Informationen zu Aktionswoche und Trauermarsch 2011 gibt es ab sofort hier.

Quelle:
http://www.netzwerkmitte.com

Kinderpornographie - Unglaubliches Urteil

Bei Besitz von Kinderpornos muß Beamten nicht zwangsläufig die Entlassung drohen. So einen Urteilsspruch, der jedem gesunden Empfinden widerspricht, fällte jüngst das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Beamte sind in ihrem Privatleben nicht anders als andere Bürger zu behandeln, so die Entscheidung. Zwar sei der Besitz von Kinderpornos ein „außerdienstliches Vergehen"; ob dies aber gleich die Entfernung aus dem Dienst rechtfertige, muß laut BVG im Einzelfall geprüft werden. Als Strafe reichten beispielsweise Gehaltskürzungen aus.

Geklagt hatten ein Lehrer (!) aus Hamburg und ein Zollbeamter aus dem Saarland. Die Personen luden auf ihre privaten Rechner kinderpornographische Daten, weshalb sie zu Geldstrafen von 60 je 50 Euro und 150 Tagessätzen verurteilt worden waren. In Haftstrafen umgerechnet ergäbe das zwei Jahre und fünf Monate Ihre jeweiligen Dienstherren, die Länder, wollten nicht lange fackeln und sie aus dem Dienst entfernen. Das BVG wertete den Besitz besagter Dateien zwar als klaren Verstoß gegen beamtenrechtliche Pflichten, da die Nachfrage nach Kinderpornographie indirekt zum Mißbrauch beitrage. Die disziplinarrechtlichen Folgen seien aber im Einzelfall zu prüfen.

Der Lehrer beging die Taten 2001 und 2002. Seinerzeit, so die Argumentation der Richter, wurde für den Besitz von Kinderpornographie höchstens ein Jahr Gefängnis verhängt (seit 2003 beläuft sich die Höchststrafe auf zwei Jahre). In Disziplinarrecht übersetzt, erklärten die Richter weiter, könnte dies nur in Ausnahmefällen eine Entlassung bedeuten. Ob die Bewertung für einen Lehrer nach dem neuen Strafmaß anders ausfallen würde, ließen die Leipziger Richter offen. Im Fall des Zollbeamten galt schon das höhere Strafmaß; dafür sei aber die Nähe zum Beruf gering. Beide Fälle sollen die Vorinstanzen, die Oberverwaltungsgerichte in Hamburg und Saarlouis, nun nochmals prüfen.

Mißbrauch zumindest indirekt unterstützt

Was sagen unsere Nachbarn dazu? Groß fündig geworden sind wir nicht. Immerhin eine Stimme fischten wir aber aus dem weltweiten Netz. Auf www.polskaweb.eu heißt es unter der Leitzeile „Richter stärken Kinderporno-Beamte“ unter anderem:

„Besitzer von Kinderpornos sind in der Regel als eine potentielle Gefahrenquelle für Kinder und Jugendliche anzusehen. Wenn ein Lehrer solche Verbrechen an Kindern auf seinem Computer hortet, um sich hierdurch sogar sexuell zu stimulieren, hat er sich selbst schon zum Verbrecher gemacht. Denn er unterstützt ... den Mißbrauch von kleinen Kindern durch den Erwerb solcher Filme und Fotos. Das so ein Mensch es überhaupt noch wagt, gegen seine Entlassung aus dem öffentlichen Dienst zu klagen, wo er als Lehrer vorzüglichen Zugang gerade zu jungen Menschen hat, ist genauso wenig moralisch nachvollziehbar wie die Entscheidung des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts.“

Um einen Beitrag zum Schutz von Kindern und Jugendlichen zu leisten, hat sich die NPD-Landtagsfraktion in der laufenden Legislaturperiode mehrfach dafür eingesetzt, ein Zentralregister für Sexualstraftäter einzurichten. Die Drucksachen finden Sie hier und hier. Des weiteren forderten die Nationalen, „daß sexuelle oder pornographische Straftaten, die an Kindern begangen wurden, nicht verjähren.“ (Drucksache 5/2152). Die Alt-Parteien lehnten auch diese NPD-Vorstöße ab.

Die Herrschenden befassen sich lieber mit sittlich-moralisch sowie fachlich einwandfreien Kindergärtnerinnen oder Fußballtrainern, die aus ihrer Sicht die verkehrten politischen Ansichten pflegen und die es deshalb verdient haben, aus ihren Arbeitsstellen bzw. Ämtern gedrängt zu werden. Wie lange sich das Volk solche Schieflagen und Mißstände noch bieten lassen wird, bleibt abzuwarten. Mit der DDR ging es ja zuletzt auch rasend schnell bergab ...

Die Adresse des Bundesverwaltungsgerichts lautet:

BVG, Simsonplatz 1, 04107 Leipzig oder Postfach 10 08 54, 04008 Leipzig (der für die Urteile verantwortliche Richter heißt Georg Herbert).

Quelle: http://www.mupinfo.de

VERNETZUNG

Deutsches Rechtsbüro
www.deutsches-rechtsbüro.de
Bildungswerk Hoffmann v. Fallersleben
www.fallersleben-bildungswerk.de
Exilstaat VODR (GDO, NDO, StDO)
www.vodr.net
Informelle Vernetzung für den Widerstand im Norden
www.netzwerknord.com
Deutschherrenklub
www.deutschherrenklub.bravehost.com
Freies Pommern
www.freies-pommern.de
Gemeinschaft Deutscher Frauen
www.g-d-f.de
Aktionsbündnis Mitteldeutschland
www.nwbb.org
Arbeitskreis Computertechnik im Freistaat Preußen
www.preussen.forum8.biz
Nationales Bündnis Dresden
www.nationales-buendnis-dresden.de
Nordisches Hilswerk
www.nordischeshilfswerk.org
NPD-Wetterau
www.npd-wetterau.de
NPD-Mecklenburg und Pommern
www.npd-mv.de
Bücherherold
www.buecherherold.com
Lausitz Infos
www.lausitz-infos.net
UN Nachrichten
www.un-nachrichten.de
Freier Widerstand Bergisches Land
www.fw.nationales-netz.com
Nordland Verlag
www.nordland-verlag.com
FNSI
www.fsni.info
NPD Siegen
www.npd-siegen.de
Nationalisten Senftenberg
www.senftenberger.blogspot.com
AfP Kommentare
www.afp-kommentare.at

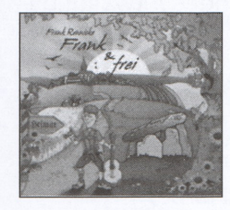
BUCHEMPFEHLUNGEN



Dieckert / Großmann, Der Kampf um Ostpreußen
Diesem großen und umfassenden Dokumentarbericht über das Kriegsgeschehen in ganz Ostpreußen liegt eine einzigartige Materialsammlung zugrunde, die Major Kurt Dieckert in jahrelanger Kleinarbeit und mit größter Genauigkeit zusammengetragen hat.

Art.Nr.: PD-02361 EURO 19,80,-

Frank Rennicke - Frank und frei
Es ist kaum zu glauben, aber dennoch wahr - der neue Tonträger von Frank Rennicke ist da! Der nationale Volkssänger Nummer eins, den wir von den Bühnen Europas bereits alle kennen, hat endlich wieder einmal ein Tonstudio besucht...



Art.Nr.: PD-02398 EURO 14,50,-

Zu bestellen beim Pommerschen Buchdienst
Pasewalker Str.36 - 17389 Hansestadt Anklam
Tel. & Fax 03971/241533 - Mobilfunk 0175/2505352
Weltnetz: www.pommerscher-buchdienst.de

SCHWARZE LISTE

Bendler Hans Werner
Beutz Christian
Breideband Martin
Eichhorst Doreen
Failenschmidt Steffen
Gebhard Uwe
Hertz Torsten
Huter Simon

Kohlhepp Martin
Köhler Oliver
Kuntsch Ronny
Leopolt Karin
Marten Hans Gabels
Marowitz Robin
Neugebauer Andreas
Orlewicz Daniel

Ratsch Sabrina
Richter Sebastian
Swillins Mandy
Steiner Roman
Teichmann Maik
Teichmann Lars



ACHTUNG:

Bitte die seit Mai ausstehende Beiträge umgehend begleichen, dazu die **neue** Bankverbindung auf Seite 5 beachten, es häufen sich massiv Außenstände.





Auch wird man einsehn, daß, Dummköpfen und Narren gegenüber, es nur einen Weg gibt, seinen Verstand an den Tag zu legen, und der ist, daß man mit ihnen nicht redet.

Arthur Schopenhauer





WICHTIGER HINWEIS:

Bei Geldspenden an Kameraden immer erst mit diesen Rücksprache halten!
Niemals einfach an die Haftanstalten überweisen.
Das Geld könnte in die falschen Hände geraten!



Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen.

Ein Nachsendeauftrag den ihr bei der Post beantragt heißt nicht, daß wir eure neue Anschrift dadurch erfahren.

Ihr müßt uns eure neue Adresse/Anschrift persönlich mitteilen!

Danke!

...sagt der Vorstand der HNG
allen Kameradinnen und Kameraden,
insbesondere N.Kl. – G. Sch. – St. Wieg. – C. Schmi. – Dr. Jo. Janie. - M. Schwa. - und alle die etwas mehr zahlen, für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben.

DAS KETZERBREVIER

Zwischen Maas und Memelstrand
wachsen uns´re Reben.
Grüß meine Lieb´ am grünen Rhein
grüß, mir seinen gold´nen Wein.
Nur in Deutschland will ich leben.

Fern war ich im fremden Land
doch weg von dort bin ich gegangen,
Heiß brannt die Sonne, Durst dabei
nach Deutschland tat mein Herz verlangen.

Ich sah das Land Italia
und das Blühen der Zitronen
doch ich sang zum Norden hin:
Nur in Deutschland will ich wohnen.

Als ich sah die Alpen glühn
strahlend in der Morgensonne
da lacht´ mir Deutschlands heller Schein
mein Gruß galt Donau, Elbe, Rhein:
Deutschland, meines Herzens Wonne!